



ANTRAG

der ÖAAB&FCG-Fraktion an die 4. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Einführung des Unterrichtsfaches „Staatskunde & politische Bildung“

Seit 2007 dürfen Jugendliche in Österreich bereits ab 16 Jahren an Gemeindevertretungs-, Landtags- und Nationalratswahlen sowie an der Wahl des Staatsoberhauptes und des Europäischen Parlaments teilnehmen. Damit nahm Österreich international eine Vorreiterrolle bei der Einführung des aktiven Wahlrechts für junge Menschen ein.

Die Schulen bieten eine ideale Plattform, um Jugendliche mit grundlegenden politischen Kenntnissen auszustatten. Dazu zählen Staats- und Rechtskunde, die Grundlagen des demokratischen Systems in Österreich und der Europäischen Union sowie die Vermittlung demokratischer Werte und Prinzipien des Rechtsstaates. Ziel ist es, junge Menschen zu mündigen und urteilsfähigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des politischen Prozesses zu machen.

Derzeit ist die politische Bildung in Österreich im Fach Geschichte integriert sowie als Unterrichtsprinzip fächerübergreifend im Lehrplan verankert. Aus unserer Sicht ist jedoch ein eigenständiges, verpflichtendes Unterrichtsfach „Staatskunde & politische Bildung“ erforderlich, um sowohl fundiertes Wissen als auch die Wertevermittlung gezielt sicherzustellen. Dabei sollten Kooperationen mit Expertinnen und Experten angestrebt werden, um eine möglichst umfassende und qualitativ hochwertige Wissensvermittlung zu gewährleisten.

Aus diesem Grund stellt die ÖAAB&FCG Fraktion in der Salzburger Arbeiterkammer den

ANTRAG

die 4. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg fordert daher das Bildungsministerium auf, ein verpflichtendes Unterrichtsfach „Staatskunde & politische Bildung“ im Sinne der Präambel einzuführen.

Für die ÖAAB&FCG-Fraktion
FO DI (FH) Johann Grünwald
Salzburg, am 28.04.2025